

Wo „Vorurteile“ erlaubt sind

B. Ullrich

Während man uns die Reisefreiheit innerhalb der EU als Fortschritt und tolle Errungenschaft anpreist, gibt es Unternehmen in Deutschland, die – vermutlich aus schlechten Erfahrungen und guten Gründen – für ihre Kunden diese Reisefreiheit in ihren Geschäftsbedingungen erheblich beschneiden: Die Mietwagenverleiher.

Beispielhaft sei hier die Firma Sixt angeführt. Sie teilt die Länder, die man mit ihren Fahrzeugen be-reisen darf, in 3 Zonen ein.

Zur Zone 1 gehören die als sicher betrachteten Staaten, darunter die meisten EU-Staaten sowie die Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino, Norwegen, Vatikanstaat und Gibraltar.

In die Länder der Zone 2 dürfen keine PKW der Marken Audi, BMW, Jaguar, Mercedes-Benz, Porsche und VW einreisen, sowie keine Offroader. Dazu gehören die EU-Staaten Estland, Lettland, Litauen¹, Ungarn, Slowenien, Slowakei, der Beitrittskandidat Kroatien, und – ei, wer hätte das gedacht? – unsere direkten EU-Nachbarn Polen und Tschechien!

Und alle Länder, die nicht zu diesen beiden Zonen gehören, sind für Mietfahrzeuge tabu. Dazu gehören die EU-Länder Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien und – Griechenland (!). Auch Beitrittskandidaten wie Montenegro, Serbien, Mazedonien und die Türkei sind verbotene Zonen.

Ist das nicht interessant? Die Mietwagenfirmen dürfen ihr Eigentum vor den Bewohnern dieser Länder schützen, aber wer schützt die Bewohner der „sicheren Länder“ vor denen der „unsicheren“ oder „verbotenen“ Zonen? Gerade in den Grenzgebieten zu unseren Zone-2-Nachbarn Polen und Tschechien hat die Eigentumskriminalität zu Lasten unserer deutschen Grenzanwohner seit dem Abriß der Grenzen enorm zugenommen. Zugleich wird der Personalabbau bei der Polizei vorangetrieben, was die Situation zusätzlich auf die Spitze treibt. Wie die Berliner Zeitung beispielhaft am 2.1.2012 berichtete, haben

„92 Unternehmer aus der Uckermark eine Petition an den Landtag unterschrieben, in denen sie Hilfe anfordern im Kampf gegen Grenzkriminalität. 80 von ihnen sind in den vergangenen drei Jahren mehrfach bestohlen worden. Schaden insgesamt: 2,2 Millionen Euro.“

Ein betroffener Unternehmer sagte,

„er verstehe nicht, warum die Bundeswehr die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch verteidigen muß, wenn die Politik nicht einmal in der Lage ist, für die Sicherheit zu Hause zu sorgen.“

Die Politik wäre ja durchaus dazu in der Lage, wenn sie dürfte und wollte. Wenn sie sich selbst aber immer mehr vertragliche Fesseln anlegt und die elementaren Interessen der eigenen Bürger der Ideologie und Herrschsucht einer kleinen Gruppe unterordnet, dann reißen genau solche Zustände ein, wie wir sie zunehmend beklagen können. **Die Einschätzungen der weltweit tätigen Mietwagenverleiher bieten jedenfalls ernstzunehmende Argumente gegen den Abriß aller Grenzen innerhalb Europas, sowie gegen Bestrebungen, die EU nach Osten und Süden weiter auszudehnen.**

¹ Bei der Firma AVIS sind die 3 baltischen Staaten und Kroatien ebenfalls komplett tabu, und Porsche darf nur in Deutschland, Österreich und der Schweiz gefahren werden.